

# Steuerlast drückt

antenen Steuersenkungen. Während für die einen der Regierungsrat zu «relevant» oder «irrelevant» – weil sie schon heute wenig Steuern zahlen.



Die Mobiliar unterstützt die Steuerstrategie des Kantons. Foto: Lukas Lehmann (key)



Die Kantonalbank gehört zu den grossen Steuerzahlern. Foto: Lukas Lehmann (key)

## Swisscom

Wichtig für «Status quo»

Die Swisscom schüttet alljährlich ein Füllhorn an Steuern aus – über die gesamte Schweiz. «Swisscom ist in allen Kantonen steuerpflichtig und zahlt jährlich 300 bis 400 Millionen Franken Steuern», schreibt das Unternehmen. Die bernische Steuerstrategie sei zu begrüssen, damit der Kanton im Vergleich zu anderen den «Status quo» nicht einbüsse. Neue Geschäftsentscheide fällt die Swisscom meist zuerst aufgrund anderer Standortfaktoren wie zum Beispiel der Infrastruktur, bevor die Steuerbelastung in die Überlegungen einbezogen wird. Speziell ist die Situation auf Bundesebene: Bei Wegfall des Holdingprivilegs würden für die Swisscom höhere Steuern anfallen: «Es gibt keine internen Vergleichsberechnungen zu den Auswirkungen», heisst es weiter in der Stellungnahme. Die Minderbelastung im Kanton Bern wäre aber «vergleichsweise gering». (wal)

## Frutiger AG

«Zu gering» für Neuansiedlungen

Das Bauunternehmen Frutiger AG «begrüsselt die angestrebten Verbesserungen sehr». Sie seien dringend nötig. Allerdings gingen die Pläne zu wenig weit. Die Senkungen seien «zu gering», um Neuansiedlungen von Unternehmen zu begünstigen, schreibt die Frutiger AG. «Da andere Kantone ebenfalls Entlastungen vorsehen, wird sich die Situation im Kanton Bern nicht wesentlich verbessern.» Der Kanton werde sich im besten Fall im Mittelfeld wiederfinden. Die Frutiger AG veröffentlicht keine Geschäftszahlen, hält aber fest, dass sie durch die Steuergesetzrevision 13 % weniger Steuern zahlen müsste. Die Firma nimmt auch Stellung zu den Steuern für die natürlichen Personen: «Im Wettbewerb um Talente ist die hohe Steuerbelastung ein Nachteil.» Als Unternehmen in der Baubranche sei man auf «bestens qualifizierte Mitarbeitende» angewiesen. (wal)

## BEKB

Steuern spielen «keine Rolle»

Dass die Berner Kantonalbank BEKB mehrheitlich dem Kanton gehört, zeigt sich in der Antwort auf die Frage zur Steuerstrategie: «Die BEKB unterstützt die Steuerstrategie», heisst es dort lapidar. Und weiter: «Für die Wahl des Kantons Bern als Standort spielt die steuerliche Belastung keine Rolle.» Als Berner Kantonalbank habe man das Domizil seit jeher im Kanton Bern und werde unabhängig von der Höhe der Steuern auch hier bleiben, heisst es in der Antwort auf die Umfrage des «Bund». Die Kantonalbank zahle insgesamt einen Steuerbetrag von 34,2 Millionen Franken. Der Gewinn lag gemäss Geschäftsbericht bei 129 Millionen Franken. Die Minderbelastung belief sich auf 2,75 für 2019 respektive 5,5 Millionen Franken ab 2020. Wofür das Geld eingesetzt würde, stehe noch nicht fest, schreibt die Bank. (wal)

## Valiant-Bank

In elf Kantonen steuerpflichtig

Der operative Hauptsitz der Valiant Bank AG ist Bern, die Bank ist aber in insgesamt elf Kantonen tätig. Für den Standortentscheid sei nicht nur die Steuerbelastung wichtig, «auch der Arbeitsmarkt, die Marktstellung, geeignete Liegenschaften und die lokale Verbundenheit» spielten eine Rolle, schreibt die Bank. Im letzten Jahr zahlte die Bank 26,6 Millionen Franken an Steuern, wobei der höchste Betrag an den Kanton Bern ging. «Vorausgesetzt, dass sich nur die Steuerbelastung im Kanton Bern wie vorgeschlagen ändert, würde das die Steuern von Valiant um einen höheren sechsstelligen Betrag reduzieren», schreibt die Bank weiter. 548 Mitarbeitende von Valiant (55 % aller Angestellten) haben ihren Wohnsitz im Kanton Bern und zahlen hier ihre Einkommenssteuern. Die Steuerbelastung für die natürlichen Personen wird als «relativ hoch» bezeichnet. (wal)

zwar eher hoch, der Steuerbetrag sei aber «sehr gering», weshalb die Minderbelastung «fast irrelevant» wäre.

**Swatch-Gruppe will nicht rechnen**  
Zurückhaltend ist man bei international ausgerichteten Firmen wie der Swatch-Gruppe oder CSL Behring. Man kann davon ausgehen, dass sie zu den grossen Steuerzahlern gehören, auch wenn sie eine komplexe Struktur aufweisen, die es erlaubt, auf unterschiedliche Steuerbelastungen flexibel zu reagieren.

● Die Swatch-Gruppe verweist auf die neue Steuervorlage des Bundes. Die Auswirkungen könnten erst nach einer tatsächlichen Umsetzung beziffert werden. CSL Behring schreibt, man finde in Bern «wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen» vor. Zahlen zu Steuern gibt das Unternehmen nicht bekannt. In Lengnau baue man für eine Milliarde Franken ein neues Werk. In Lengnau erhält CSL Behring eine Steuerbefreiung für zehn Jahre. Der Kanton hat den gesetzlichen Rahmen voll ausgeschöpft.

Wozu würden die Unternehmen die frei werdenden Beträge verwenden? Höhere Dividenden? Höhere Löhne? Mehr Investitionen? Einige Beispiele:

● Die Bank EEK würde den Betrag zu den Reserven legen, «um damit das weitere Wachstum zu finanzieren». Die Ypsomed möchte die Forschungs- und Entwicklungsausgaben erhöhen. Die Galeonica-Gruppe hält fest, dass eine Steuerentlastung «zur langfristigen Erhaltung des Firmensitzes in Bern beiträgt». Und die Mobiliar schreibt: «Dazu machen wir uns Überlegungen, wenn es dann tatsächlich so weit ist.» Die Steuersenkung steht nämlich erst auf dem Papier. Zwar wird die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat sehr wahrscheinlich zustimmen, SP und Grüne drohen aber mit einem Referendum, um die Pläne in Makulatur zu verwandeln.

## Bank EEK

«Bedingungen akzeptieren»

Die Bank EEK (Einwohnerersparniskasse für den Amtsbezirk Bern) ist in Bern fest verwurzelt. Auch wenn die steuerliche Belastung im Kanton Bern für Personen wie für Firmen überdurchschnittlich hoch sei, käme kein anderer Standort in Betracht. «Mit unserem Geschäftsmodell in der Stadt Bern müssen wir die aktuellen Bedingungen vor Ort akzeptieren», schreibt Direktor Daniel Pfanner. Auch die Geschäftsleitung müsse im Kanton Bern Wohnsitz haben. Die EEK liefert eine genaue Steuerberechnung. Bei einem steuerbaren Gewinn von 4,8 Millionen Franken (Geschäftsjahr 2016) gingen gut 1,3 Millionen Franken an den Fiskus, 586 442 Franken davon an den Bund. Die Steuergesetzrevision brächte der Bank – ausgehend von diesen Zahlen – eine Ersparnis von 109 474 Franken für 2019 und von 218 948 Franken für 2020. (wal)

## Post

«Weniger von Relevanz»

Die Post ist in der ganzen Schweiz «geschäftstätig». Entsprechend bestehe eine Steuerpflicht in allen 26 Kantonen, hält die Post fest. Zur steuerlichen Belastung im Kanton Bern schreibt das Unternehmen: «Die Steuerstrategie bzw. steuerliche Situation eines einzelnen Kantons ist für das Gesamtunternehmen weniger von Relevanz.» Für die Standortattraktivität sind für die Post nicht nur die Steuern, sondern auch die geografische Lage oder die verkehrstechnische Erschliessung von Bedeutung. Die Ertragssteuern beliefen sich im Jahr 2016 auf 118 Millionen Franken, wobei der Betrag nach einem «spezifischen Ausscheidungsschlüssel» auf die Kantone verteilt wurde. Nicht antworten will die Post auf die Frage, welche Minderbelastung sich aus der Steuerstrategie ergäbe. Die Aufschlüsselung unterliege dem Steuergeheimnis und werde nicht kommuniziert. (wal)

# «Steuerwettbewerb ist real – er ist wie ein Naturphänomen»

Der Berner Wirtschaftsrechtler Peter V. Kunz erachtet die Steuerpolitik des Regierungsrats als zweckmässig.

## Interview: Dölf Barben

**Herr Kunz, grosse Firmen scheinen bloss Steuern vermeiden zu wollen. Staaten lassen sich gegeneinander ausspielen. Der Steuerwettbewerb wird angeheizt. Kantone müssen nachziehen. Und am Ende hat man als Bürger ein Sparpaket am Hals. Da stimmt doch etwas nicht.**  
Steuerwettbewerb ist Teil einer grösseren Frage. Es geht um eine Diskussion zum Standortwettbewerb, die auf jeder Ebene geführt wird. Ob man Steuerwettbewerb gut oder schlecht findet: Er ist real – er ist wie ein Naturphänomen.

**Aber es ist doch nicht in Ordnung, wenn kleine Staaten oder Kantone ganze Systeme ins Trudeln bringen.**  
Wenn ich mich als Jurist äussere, muss ich einen anderen Fokus haben. Mich interessiert, ob etwas legal ist.

**Nicht alles, was legal ist, ist legitim.**  
Wenn man findet, etwas sei nicht legitim oder unfair, dann ist die Politik gefragt, dann müssen die Gesetze geändert werden. Ein Richter kann nicht jemanden ins Gefängnis stecken, nur weil er

## «Die heute 25-jährigen wollen ein optimales, aber nicht unbedingt ein maximales Leben.»

glaubt, etwas sei nicht fair. Veränderungen sind im Gang und durchaus sinnvoll. Die Transparenz im Steuerwettbewerb wird erhöht. Und es soll erreicht werden, dass internationale Firmen Gewinne dort versteuern, wo sie erwirtschaftet wurden. Volkswirtschaftlich gesehen, ist Steuerwettbewerb aber eine gute Sache. Wichtig ist, dass er nicht in einen ruinösen Steuer-Dschungelkampf ausartet.

**Irgendwo muss der Wettlauf nach unten doch sein Ende finden – bevor die Altersheime kein Geld mehr haben für Windeln.**

International wird eine Mindeststeuer diskutiert. In der Schweiz kennen wir keine Mindestvorgaben. Es müssen zwar gewisse Grundsätze eingehalten werden. So ist es nicht erlaubt, degressive Tarife festzulegen, also Steuersätze, die für höhere Einkommen niedriger werden. Aber sonst? Die Höhe der Steuern ist keine objektivierbare Grösse. Genauso wenig wie es – in Anführungszeichen – richtige Preise gibt. Wenn ich Ihnen Ihr Natel abkaufen möchte, können wir einen Preis vereinbaren, der für beide stimmt – ob das fünf oder fünftausend Franken sind, spielt keine Rolle.

**All das, was ein Staat leistet, hat doch einen Preis.**

Der Kanton Luzern ist dafür ein gutes Beispiel. Als er die Unternehmenssteuern senkte, war das ein politischer Entscheid. Nur waren dann die Einnahmen so gering, dass starke Sparanstrengungen nötig wurden und die Steuern schliesslich wieder erhöht werden mussten. Es ist immer eine Frage des Masses.

**Der Berner Unternehmer Peter Stämpfli sagte in unserer Umfrage, früher sei der Steuersatz im Kanton Bern tief genug und konkurrenzfähig gewesen. Heute stehe der Kanton aber unter Druck.**

Eine solche Aussage ist ehrenvoll. Und sie zeigt, wie es funktioniert. Steuer-

wettbewerb läuft nicht über absolute Zahlen, sondern über den relativen Vergleich mit anderen Staaten, Kantonen oder Gemeinden. Wenn andere die Steuern senken, geraten jene unter Druck, die es nicht tun.

**Es gibt andere Unternehmer, die dem Regierungsrat vorwerfen, ihm fehle der Mut für grössere Schritte.**  
Ich erachte es für Bern als richtig – das sage ich aus einer liberalen persönlichen Grundhaltung heraus –, dass zunächst bloss ein erster Schritt erfolgen soll. Diesen kann man als Investition sehen; und wenn es schief läuft, hielte sich der Schaden in Grenzen. Ein zweiter Schritt müsste aber gegenfinanziert sein. Daher ist es richtig, die «Steuervorlage 17» des Bundes abzuwarten. Solange nicht klar ist, was für die Kantone herauskommt, wären weitere Schritte leichtsinnig.

**Sie beurteilen die Steuersenkung im Kanton Waadt als leichtsinnig? Er gab bekannt, dass er die Unternehmenssteuern so oder so senke.**  
Ich finde es politisch leichtsinnig. Aber die Waadt steht im Steuerwettbewerb noch schlechter da als Bern. Meines Erachtens wäre es falsch, wenn der Kanton Bern mit seiner angespannten Finanzsituation kopflos Steuern senken würde.

**Wäre es nicht für alle besser, wenn die Kantone koordiniert vorgehen würden, statt sich zu zerfleischen?**  
In der bestmöglichen aller Welten würde das so funktionieren. Aber die Schweiz ist seit jeher ein wettbewerbsorientiertes Land ohne materielle Steuerharmonisierung. Da gibt es keinen nordkoreanischen Herrn Kim, der uns sagen kann, was wir produzieren sollen. Allerdings ist in der Schweiz die Chancengleichheit wichtig. Und weil bekannt ist, dass nicht alle Kantone und Gemeinden im Steuerwettbewerb die gleiche Ausgangslage haben, gibt es den Finanzausgleich.

**Ist dieser ewige Wettbewerb ein unumstössliches Gesetz?**  
Die Zeiten ändern sich. Zwischen meiner Generation und jener meiner Studierenden stelle ich schon einen Unterschied fest. Meine Generation wollte noch viel verdienen, sparen und ein Haus bauen. Die heute 25-jährigen wollen ein optimales, aber nicht unbedingt ein maximales Leben. Die Work-Life-Balance spielt für sie eine ganz wichtige Rolle. Sie haben ein entspannteres Verhältnis zum Wettbewerb.

**Besteht da nicht die Gefahr, dass die Schweiz unter die Räder kommt?**  
Dieses Risiko besteht über kurz oder lang tatsächlich. Die junge Generation wird in 30 Jahren den heutigen Wohlstand nicht auf sicher haben. Sie wird konfrontiert sein mit Ländern, wo der Wettbewerb aggressiver geführt wird.

**Was raten Sie?**  
Heimatschutz und Abschottung bringen sicher nichts. Wer sich abschottet, verliert. Ich bin aus Überzeugung für Freihandel. Nur so können weitere Standortvorteile wie ein gutes Bildungssystem oder ein verlässliches Rechtssystem auch ausgespielt werden. Und solche Vorteile haben wir doch einige. Aber in die Zukunft gibt es keine Schlafwagen.



**Peter V. Kunz**  
Der 52-jährige Professor ist Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern.